

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Seeon
vom 4. bis 6. Januar 2017

SICHERHEIT FÜR UNSERE FREIHEIT

5. JANUAR 2017

Der menschenverachtende Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche traf uns alle ins Mark. Mitten in der besinnlichen Weihnachtszeit wurden Menschen durch einen barbarischen Akt aus dem Leben gerissen. Dieser schlimmste islamistische Anschlag auf deutschem Boden ist ein beispielloser Angriff auf unsere offene Gesellschaft. Unsere Freiheit und unsere Art zu leben werden wir aber nicht aufgeben!

Die Gewährleistung von Sicherheit und Freiheit ist die vordringlichste Aufgabe eines funktionsfähigen Rechtsstaates und nur durch eine konsequente und geradlinige Politik zu erreichen. Wir setzen auf eine Politik, die nicht von Stellenabbau und Kürzungen geprägt ist, oder bei der pauschal datenschutzrechtliche Bedenken über effektive Maßnahmen im Kampf gegen Terror und Organisierte Kriminalität gestellt werden. Dies gilt umso mehr angesichts der gestiegenen Gefahren durch den islamistischen Terrorismus. In einigen Rot-Grün geführten Bundesländern wurde dagegen auf Laissez-faire statt auf Polizeiarbeit gesetzt, Personalabbau und Einsparungen standen auf der Tagesordnung. Die Geringschätzung von Polizisten und Sicherheitskräften ist in vielen Teilen Deutschlands fast schon salonfähig. Doch die jüngsten Ereignisse haben viele wachgerüttelt. Und so ist es ein großes Eingeständnis, wenn die, die früher Bayern als Polizei- und Überwachungsstaat verunglimpft haben, nun deutschlandweit nach mehr Polizisten rufen und den starken Rechtsstaat mit schlagkräftigen Befugnissen zurückwollen. Die CSU hat dies schon immer gefordert und ist damit wichtiger Impulsgeber für den Bund und die Länder. Die Ereignisse von Berlin und München haben deutlich vor Augen geführt, wie richtig dieser Ansatz ist.

Umfassende Kompetenzen und wirkungsvolle Sanktionen

Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Pauschal bei jeder Gesetzesverschärfung Datenschutzrechte oder Missbrauchsgefahren in den Fokus zu rücken, ist der falsche Ansatz. Die CSU-Landesgruppe legt ihr Augenmerk vielmehr auf die Opfer und darauf, dass alles Menschenmögliche für die Sicherheit und auch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land getan wird - und das auf allen Ebenen:

Für sichere Grenzen

Wir setzen uns weiter für flankierende nationale Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Grenzen ein, dazu zählt:

- ◆ Die lückenlose Registrierung und standardmäßige Sicherheitsüberprüfung aller ankommenden Flüchtlinge bereits an der Grenze ist unerlässlich. Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt. Niemand darf sich den Behörden durch Mehrfachidentitäten entziehen! In Transitzentren müssen wir die Flüchtlinge anhalten, um ihre Identität festzustellen und zu prüfen, ob Sicherheitsbedenken bestehen. Soweit noch nicht geschehen, ist mit hoher Priorität eine nachträgliche Sicherheitsüberprüfung durchzuführen. Ein funktionierender europaweiter Datenaustausch ist dafür wichtige Voraussetzung. Wenn sich einzelne EU-Mitgliedstaaten weigern, den automatisierten Zugriff auf DNA- und Fingerabdruckdaten allen Sicherheitsbehörden zu ermöglichen, muss dies sanktioniert werden. Wir fordern zudem den Aufbau eines Europäischen Kriminalaktennachweises von Polizei- und Sicherheitsbehörden, damit europaweit abgefragt werden kann, ob polizeiliche Akten oder Hinweise über die Gefährlichkeit einer Person vorliegen. Es ist dringend erforderlich, durch Erweiterung des EU-Strafregisters Informationen über Verurteilungen von Drittstaatsangehörigen in einem anderen Mitgliedstaat zu erhalten, ohne Auskunftsersuchen an alle Mitgliedstaaten zu richten. Freiburg darf sich nicht wiederholen.
- ◆ Zur Erfassung von Reisebewegungen von Terroristen ist die EU-Richtlinie zur Speicherung von Fluggastdaten zügig in deutsches Recht umzusetzen. Das Europäische Ein- und Ausreiseregister muss rasch verabschiedet werden, um illegalen Einreisen bzw. Aufenthalt (sog. overstay) vorzubeugen.
- ◆ Bayern setzt seit jeher offensiv auf die Schleierfahndung. Zudem gibt es bereits gelungene Kooperationen zu länderübergreifenden Schwerpunktkontrollen. Dass sich ein Flächenstaat wie Nordrhein-Westfalen angesichts seiner Außengrenzen zu Belgien und den Niederlanden immer noch beharrlich weigert, rechtliche Grundlagen für die Schleierfahndung zu schaffen, stellt ein Sicherheitsproblem dar, das Rot-Grün zu verantworten hat!
- ◆ Die Polizei muss in der Lage sein, durch Kennzeichenlesesysteme auch im fließenden Verkehr Fahndungen durchzuführen und so Gefahren durch grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus gezielter abzuwehren. Dem Beispiel Bayerns und des Bundes müssen nun alle Länder folgen.

Für eine sichere Demokratie und einen sicheren Rechtsstaat

Wir zeigen null Toleranz gegenüber denjenigen, die unsere Demokratie oder unseren Rechtsstaat in Frage stellen. Islamistischen Terror genauso wie politischen Terrorismus von links und von rechts müssen wir bereits an der Wurzel packen und mit der ganzen Härte des Rechtsstaats bekämpfen.

- ◆ Anwerbung frühzeitig stoppen: Hassprediger und die Finanzierung von Moscheen durch extremistische Organisationen leisten radikalen Strukturen Vorschub. Der

Verfassungsschutz hat schon lange davor gewarnt, dass einige Moscheen eine herausragende Rolle bei der Radikalisierung von Islamisten spielen. Wir fordern endlich mehr Transparenz hinsichtlich der Prediger und darüber, welche Inhalte vermittelt werden. Zudem verlangen wir die Offenlegung ihrer Finanzquellen, um Missbrauch und gezielte Steuerung zu verhindern. Die zuständigen Behörden müssen mit Vereinsverboten härter und konsequenter reagieren, damit radikale Ideologien nicht unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit weiter verbreitet werden oder Terroristen dort einen Schutzraum finden. Wir sind eine wehrhafte Demokratie! Es ist nicht hinnehmbar, dass in Deutschland straflos für in- und ausländische Terrororganisationen und kriminelle Vereinigungen geworben werden darf. Die unter Rot-Grün abgeschaffte Strafbarkeit der Sympathiewerbung für kriminelle bzw. terroristische Vereinigungen muss umgehend zum Schutz unserer Bürger wieder eingeführt werden. Aufgrund der aktuellen Bedrohungslage ist die Weigerung unseres Koalitionspartners, diesen schweren Fehler endlich zu korrigieren, unverantwortlich!

- ◆ Anzeichen frühzeitig erkennen: Die Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten im Kampf gegen Terror muss weiter verbessert werden. Dazu zählt auch die Vernetzung ihrer jeweiligen Datenbanken. Das Frühwarnsystem durch das Gemeinsame Terrorzentrum ist weiter zu stärken, damit wir Gefährder im Visier behalten. Daneben müssen wir das Umfeld von Gefährdern sensibilisieren: Schulen, Polizei, Jugend- und Sozialarbeit, aber auch Ehrenamtliche und Flüchtlinge in den Unterkünften bilden hier eine wichtige Schnittstelle. Radikalisierung beginnt oft schon in jungen Jahren. Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern müssen daher altersunabhängig tätig werden dürfen.
- ◆ Konsequenz gegen Gefährder vorgehen: Wer unseren Staat ablehnt und diesen gewaltsam bekämpft, gehört nicht zu uns. Extremisten, die neben ihrer ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, müssen die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, wenn sie sich für den Dschihad ausbilden lassen oder im Ausland für eine Terrororganisation kämpfen. Die SPD muss ihren Widerstand endlich aufgeben! Schon die Vorbereitung terroristischer Anschläge muss durch Anhebung der Mindeststrafe härter bestraft werden. Verurteilte Extremisten wollen wir umfassender durch elektronische Fußfesseln überwachen. Präventiv können u.a. Meldeauflagen die Überwachung von Gefährdern erleichtern. Wer unseren Staat bedroht, hat sein Gastrecht verwirkt! Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam müssen verschärft werden. Wir brauchen einen neuen Haftgrund für Gefährder. Der Ausreisegewahrsam muss auf vier Wochen verlängert werden. Gleichzeitig sind Vollzugsdefizite dringend zu beheben, alle ausländerrechtlichen Möglichkeiten müssen konsequent ausgeschöpft werden. Sicherheitsbehörden und Ausländerbehörden müssen dabei noch enger Hand in Hand arbeiten, um Gefährder außer Landes zu bringen.
- ◆ Gewaltmonopol des Staates: Wir dulden weder Scharia-Polizei noch Paralleljustiz durch kriminelle Clans, die ihre eigenen Regeln über unsere Gesetze stellen. Diese leisten nicht nur der Kriminalisierung, sondern durch eine Entfremdung vom Rechtsstaat auch der Radikalisierung erheblichen Vorschub. Hiergegen werden wir mit allen rechtstaatlichen Mitteln vorgehen.

- ◆ Effektive Strafverfolgung: nur durch effektive Strafverfolgung und angemessene Strafen stärken wir die Sicherheit unserer Bürger und dadurch das Vertrauen in den Rechtsstaat. Wir brauchen hierzu noch wirksamere Sanktionsmöglichkeiten und Strafen sowie konsequente Ausweisung und Abschiebung bei straffälligen Ausländern und Gefährdern. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass in Strafprozessen gegen Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) das Erwachsenenstrafrecht zur Regelanwendung kommt und nicht das Jugendstrafrecht.

Für einen sicheren öffentlichen Raum

Wir dürfen es nicht zulassen, dass ganze Stadtgebiete in Deutschland zu No-Go-Areas verkommen oder sich Frauen nur noch mit Pfefferspray auf die Straße trauen. Auch die gestiegene Zahl an kleinen Waffenscheinen zeigt die zunehmende Verunsicherung. Wir wollen alles Menschenmögliche tun, um den öffentlichen Raum sicherer zu machen:

- ◆ Es darf nicht sein, dass unsere Ermittler auf zufällig gefilmte Privatvideos bei der Aufklärung von Straftaten angewiesen sind. Wir weiten die Möglichkeiten zur Videoüberwachung aus, u.a. in Bahnhöfen, Einkaufszentren und Sportstätten. Dies dient auch der Abschreckung und erhöht damit das Sicherheitsgefühl der Bürger. Die Ankündigung von Rot-Rot-Grün, selbst nach dem verheerenden Anschlag in Berlin nicht stärker auf öffentlichen Plätzen Videotechnik einzusetzen, ist verantwortungslos.
- ◆ Wir wollen unsere technischen Fähigkeiten z.B. im Bereich der Biometrie weiterentwickeln. Gesichtserkennungssysteme sollen künftig zur Identifizierung von Personen genutzt werden können. Ferner ist zu prüfen, wie die Auswertungsmöglichkeiten von DNA praxisgerecht fortentwickelt werden können, etwa auf äußere Körpermerkmale wie Haar- und Augenfarbe, Alter und Herkunft. Auch die Möglichkeiten für Erhebung, Speicherung und Recherche von DNA-Profilen müssen erweitert werden. So können wir Menschen eindeutiger und schneller identifizieren.
- ◆ Daneben muss über weitere Maßnahmen zum Schutz unserer Innenstädte und von Großveranstaltungen (z.B. durch abgestimmte Sicherheitskonzepte, Einlasskontrollen, Zäune und Poller) nachgedacht werden.
- ◆ Wer unsere Sicherheit auf öffentlichen Straßen durch illegale Straßenrennen mutwillig gefährdet, handelt grob verkehrswidrig und rücksichtslos. Angesichts des Gefährdungspotentials brauchen wir einen neuen Straftatbestand und sorgen damit auch für die notwendige abschreckende Wirkung.

Für ein sicheres Zuhause

Der sprunghafte Anstieg der Wohnungseinbruchskriminalität ist besorgniserregend. International agierende Banden halten ganze Regionen in Atem. Wir fordern schon lange eine härtere Bestrafung des Wohnungseinbruchsdiebstahls mit einer Mindeststrafe von einem Jahr, mit der eine Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit unmöglich wird. Wir müssen mit den internationalen Banden auch in technischer Hinsicht Schritt

halten: Bei Wohnungseinbrüchen muss daher generell Telekommunikationsüberwachung und Verkehrsdatenerhebung möglich sein. Nur so gelingt es uns, die niedrigen Aufklärungsquoten signifikant zu erhöhen. Zudem soll das Bundeskriminalamt durch Lageanalysen und technische Unterstützung den Ländern bei der Bekämpfung und Aufklärung noch stärker zur Seite stehen.

Für ein sicheres Netz

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Der technische Fortschritt bietet Straftätern aber Möglichkeiten, unbehelligt durch unsere Ermittlungsbehörden tätig zu werden. Dieses Defizit müssen wir dringend beheben, damit die Chancen der Digitalisierung nicht Terroristen und Straftätern zugutekommen.

- ◆ Die CSU-Landesgruppe tritt für den einen praxisgerechten Ausbau der Verkehrsdatenspeicherung ein: Dies bedeutet eine Erweiterung auf den E-Mail-Verkehr und sonstige Kommunikationsdienste (WhatsApp, Skype) und eine Verlängerung der Speicherfrist. Zudem müssen die Zugriffsmöglichkeiten erweitert werden. Eine Ausweitung des Straftatenkatalogs, u.a. auf Terrorismusfinanzierung, Zuhälterei und Wohnungseinbruchsdiebstahl ist unerlässlich. Es muss auch unseren Nachrichtendiensten unter klar definierten Voraussetzungen erlaubt sein, auf die gespeicherten Verkehrsdaten zugreifen zu können.
- ◆ Der für die Sicherheitsbehörden auswertbare Anteil der Kommunikation nimmt immer weiter ab. Laut BKA erfolgt nur noch weniger als 15% der Kommunikation unverschlüsselt. Die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die sogenannte Quellen-TKÜ, die Sicherheitsbehörden in die Lage versetzt, auf die zu überwachende Kommunikation vor Verschlüsselung zuzugreifen, ist daher längst überfällig! Zudem müssen die rechtlichen Voraussetzungen für die Online-Durchsuchung geschaffen werden.
- ◆ Das Darknet, in dem Nutzer anonym illegale Geschäfte abwickeln können, müssen wir besser überwachen, z.B. durch Einsatz von Internet-Polizisten auf der Ebene des Bundes und der Länder sowie Verdeckten Ermittlern. Entsprechendes gilt auch für Onlineforen und soziale Medien, in denen gezieltes Bloßstellen und Beleidigen sowie sexuelle Kriminalität vor allem gegenüber Kindern und Jugendlichen stark zugenommen haben. Insbesondere fordern wir schärfere Strafen für Cybermobbing, z.B. durch die Schaffung eines besonders schweren Falls für Beleidigungen in sozialen Netzwerken und damit vor einer nahezu unbegrenzten Öffentlichkeit.
- ◆ Wir werden nicht tolerieren, dass die Freiheit des Internet gezielt zur Werbung für islamistischen Extremismus und Terrorismus missbraucht wird. Solche Taten werden wir konsequent verfolgen und, wo erforderlich, Strafbarkeitslücken schließen. Die CSU-Landesgruppe setzt sich ferner dafür ein, dass die Betreiber von sozialen Medien (z.B. Facebook) und sonstigen Kommunikationsdiensten (z.B. Twitter) ihrer Verantwortung nachkommen und eine Weiterverbreitung von strafbaren (z.B. gewaltverherrlichenden und extremistischen) Inhalten effektiv unterbinden. Sofern

die Betreiber ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, muss dies auch sanktioniert werden können.

Wir lassen die, die uns beschützen, nicht im Stich

Wir sind stolz auf die Leistung unserer Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Terrorismus und Verbrechen. Ihnen gilt unser besonderer Dank für ihren Einsatz in diesen schwierigen Zeiten. Unsere Wertschätzung zeigen wir Polizei und Justiz dadurch, dass wir ihnen optimale Bedingungen für ihre tägliche Arbeit bieten wollen:

- ◆ Mehr Personal und moderne Ausstattung: Nur ein kontinuierlicher Personalaufwuchs kann zu deutlich mehr Präsenz und zur effektiveren Aufklärung von Straftaten beitragen. Bayern hat allein im Jahr 2016 1.500 neue Polizisten eingestellt. Um den neuen, vielfältigen Herausforderungen zu begegnen, brauchen wir zudem eine bessere Spezialisierung der Polizeikräfte (z.B. durch besonders geschulte Ermittler im Internet oder Experten im Bereich der salafistischen und islamistischen Szene). Durch modernste Technik müssen wir unsere Sicherheitskräfte in die Lage versetzen, umfassend und schnell von ihren rechtlichen Befugnissen Gebrauch machen zu können. Dazu gehören mobile Geräte genauso wie moderne Dienstwaffen und gepanzerte Fahrzeuge.
- ◆ Besserer Schutz für unsere Beschützer: Dass gewalttätige Angriffe auf Polizisten, Justizbeamte, andere öffentliche Bedienstete (z.B. Mitarbeiter im Jobcenter oder der Ausländerbehörden) und Rettungskräfte nicht schon längst stärker bestraft werden können, scheiterte bisher am Widerstand der SPD. Daneben fordern wir weitere Maßnahmen wie den Einsatz von Körperkameras (Bodycams). Diese dienen nicht nur der Sicherung von Beweismaterial, sondern erhöhen auch die Hemmschwelle gegenüber Angriffen.
- ◆ Stärkung der Justiz: Noch so gute Polizeiarbeit ist aber Makulatur, wenn es an einer schnellen und konsequenten Rechtsprechung fehlt. Daher brauchen wir auch eine personelle Stärkung der Justiz und des Justizvollzugs. Bayern geht hier mit gutem Beispiel voran und hat allein in den vergangenen vier Jahren, auch in Reaktion auf den Flüchtlingszustrom, mehrere hundert neue Stellen geschaffen. Wir appellieren an die Länder, diesem Beispiel zu folgen und nicht an der falschen Stelle zu sparen! Außerdem sollten angesichts der neuen Herausforderungen Kompetenz und Schlagkraft gebündelt werden, wie durch die Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus bei der Generalstaatsanwaltschaft München.
- ◆ Bundeswehreinsatz im Inneren: Unsere Polizei muss so ausgestattet werden, dass sie schwer bewaffnete Terroristen stoppen kann. Auf Anforderung und unter ihrer Führung soll sie über die bestehenden Einsatzmöglichkeiten hinaus auch Unterstützung durch die Bundeswehr erhalten, z.B. bei Terroranschlägen oder zur Grenzsicherung. Das Grundgesetz muss dafür geändert werden.